

# Inhaltsübersicht

<i>Erstes Kapitel</i>	
<b>Einführung und Begriffsbestimmung</b>	23
A. Anlass der Untersuchung .....	23
B. Staatsschutz als Grundlage des Untersuchungsgegenstands .....	25
C. Gang der Untersuchung .....	28
<i>Zweites Kapitel</i>	
<b>Ausgewählte Problemkreise bei der Gewährleistung eines effektiven Grundrechtsschutzes im Bereich des Staatsschutzes</b>	31
A. Auswirkungen des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers im Strafrecht auf die verfassungsrechtliche Kontrolldichte .....	31
B. Aufweichen der Grenzen von Prävention und Repression .....	34
C. Zentralisierungstendenzen bei der Verwaltungsorganisation .....	38
D. Quantität von Grundrechtseingriffen und kumulative Belastungen .....	41
E. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe .....	45
<i>Drittes Kapitel</i>	
<b>Verfassungsrechtliche Maßstäbe zur Bewältigung dieser Herausforderungen</b>	49
A. Verfassungsrechtliche Maßstabsbildung im Staatsschutzrecht .....	49
B. Formelle Grenzen des Staatsschutzes .....	93
C. Materielle Grenzen des Staatsschutzes: Der additive Grundrechtseingriff ...	138
D. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe .....	185
<i>Viertes Kapitel</i>	
<b>Anwendung der Untersuchungsergebnisse auf die vorangestellten Problemkreise</b>	207
A. Ineffektivität des gerichtlichen Rechtsschutzes im Ermittlungsverfahren....	207

B. Formelle Verfassungsmäßigkeit der §§ 89a ff., 91 StGB .....	215
C. Darstellung der Reichweite des Gebots der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten .....	224

*Fünftes Kapitel*

<b>Endergebnis und Ausblick</b>	254
---------------------------------	-----

A. Ergebnisse der Untersuchung .....	254
B. Zusammenfassung in Thesen .....	259

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	266
-----------------------------------	-----

<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	281
-----------------------------------	-----

# Inhaltsverzeichnis

<i>Erstes Kapitel</i>	
<b>Einführung und Begriffsbestimmung</b>	<b>23</b>
A. Anlass der Untersuchung .....	23
B. Staatsschutz als Grundlage des Untersuchungsgegenstands .....	25
C. Gang der Untersuchung .....	28
<i>Zweites Kapitel</i>	
<b>Ausgewählte Problemkreise bei der Gewährleistung eines effektiven Grundrechtsschutzes im Bereich des Staatsschutzes</b>	<b>31</b>
A. Auswirkungen des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers im Strafrecht auf die verfassungsrechtliche Kontrolldichte .....	31
B. Aufweichen der Grenzen von Prävention und Repression .....	34
C. Zentralisierungstendenzen bei der Verwaltungsorganisation .....	38
D. Quantität von Grundrechtseingriffen und kumulative Belastungen .....	41
E. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe .....	45
<i>Drittes Kapitel</i>	
<b>Verfassungsrechtliche Maßstäbe zur Bewältigung dieser Herausforderungen</b>	<b>49</b>
A. Verfassungsrechtliche Maßstabsbildung im Staatsschutzrecht .....	49
I. Staatsschutz als Gut von Verfassungsrang? .....	50
1. Staatsschutz im engeren Sinne .....	51
a) Die Rechtsprechung des BVerfG von den qualifizierten Rechts- gütern .....	52
b) Selbstbindung des Gesetzgebers durch Strafrecht? .....	55
c) Beschreibung der Maßstäbe als „Prinzip der Folgerichtigkeit“ ...	56
aa) Der Grundgedanke: Interpretationsprimat des Gesetzgebers .	56
bb) Die These und ihre Abgrenzung zum Diskurs um eine Pflicht des Gesetzgebers zu folgerichtigem Handeln .....	60
cc) Einwände gegen das Prinzip der Folgerichtigkeit.....	62
(1) Normenhierarchie .....	62

(2) Bundesstaatsprinzip .....	63
(3) Demokratieprinzip .....	63
d) Subsumtion: Qualifizierte Rechtsgüter nach Maßgabe der gesetzgeberischen Wertungen des Strafgesetzbuchs .....	64
2. Staatsschutz im weiteren Sinne .....	66
a) Schutz des Ansehens staatlicher Institutionen .....	67
aa) Der Ehrschutz von Individuen .....	67
bb) Der Schutz des Ansehens als staatsorganisationsrechtlicher Belang .....	68
b) Öffentlicher Friede .....	70
aa) Entwicklung des Friedensbegriffs als historischer Ursprung des Staatsschutzes .....	70
bb) Kriterien der Rechtsprechung des BVerfG für eine Störung des öffentlichen Friedens .....	73
cc) Schutz des staatlichen Gewaltmonopols als überindividueller Belang? .....	74
dd) Zwischenergebnis .....	75
c) Wehrhafte Demokratie und freiheitliche demokratische Grundordnung .....	76
aa) Normativer Gehalt der wehrhaften Demokratie? .....	76
bb) Das Institut der wehrhaften Demokratie in der Rechtsprechung des BVerfG .....	77
cc) Freiheitliche demokratische Grundordnung als eigentliches Schutzgut .....	78
dd) Zwischenergebnis .....	80
3. Zwischenergebnis zu den materiellen Maßstäben im Staatsschutz .....	81
II. Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts .....	81
1. Gründe für eine eingeschränkte verfassungsgerichtliche Kontrolle in der Rechtsprechung des BVerfG .....	82
a) Einschränkung des Prüfungsmaßstabs aus materiell-rechtlichen Gründen .....	82
b) Einschränkung des Prüfungsmaßstabs aus prozessualen Gründen .....	84
2. Anwendung dieser Grundsätze auf sicherheitsrechtliche und strafprozessuale Befugnisnormen .....	85
a) Intensivierte inhaltliche Kontrolle durch das BVerfG .....	85
b) Bewertung des von der Rechtsprechung zugrunde gelegten Prüfungsmaßstabs .....	87
3. Verfassungsgerichtlicher Prüfungsmaßstab im Strafrecht .....	88
III. Fazit .....	92
B. Formelle Grenzen des Staatsschutzes .....	93
I. Aufweichen der Grenzen von Prävention und Repression: Die Reichweite der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Strafrecht .....	93
1. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Kompetenz des Bundes für die Maßregeln der Besserung und Sicherung gem. Art. 74 I Nr. 1 GG .....	95

a) Zweispurigkeit des strafrechtlichen Sanktionensystems .....	95
b) Weite Auslegung des Art. 74 I Nr. 1 GG bei den Maßregeln der Besserung und Sicherung .....	96
c) Folgeentscheidung des BVerfG zum ThUG .....	97
d) Kritik an der Weite der Auslegung des Art. 74 I Nr. 1 GG .....	98
2. Der Unterschied zwischen den Maßregeln der Besserung und Sicherung und der Problematik des neuen Staatsschutzstrafrechts .....	101
3. Die Wesensmerkmale des verfassungsrechtlichen Strafrechtsbegriffs nach Art. 74 I Nr. 1 GG .....	104
a) Die Rechtsfolgen strafrechtlicher Sanktionen als Ausgangspunkt des verfassungsrechtlichen Strafrechtsbegriffs .....	105
b) Das sozialethische Unwerturteil als Besonderheit strafrechtlicher Sanktionen .....	107
c) Legitimierung außergewöhnlicher Rechtsfolgen durch das Schuldprinzip .....	109
d) Erfordernis eines Mindestmaßes an Erfolgsrecht als Konsequenz des Ausspruchs eines mit staatlicher Autorität versehenen Unwerturteils .....	110
4. Zwischenergebnis .....	114
II. Die Gewaltenteilung als Schranke der Verwaltungsorganisation .....	115
1. Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten als Verfassungsprinzip .....	116
a) Art. 20 II 2 GG als ein normativer Bezugspunkt des Gewaltenteilungsprinzips .....	116
b) Zur Bedeutung des Art. 20 II 2 GG für die Beratungen des Parlamentarischen Rates .....	117
c) Gewaltenteilung als abstrakter Grundrechtsschutz .....	122
d) Erscheinungsformen der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten .....	127
e) Bedeutung der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten für den Staatsschutz .....	129
2. Das Trennungsprinzip als ein Anwendungsfall interner Gewaltenteilung .....	132
3. Einwände gegen das Postulat einer Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten .....	134
a) Demokratieprinzip .....	134
b) Gewaltenteilung als gegenseitige Kontrolle .....	135
c) Gesamtverantwortung der Regierung .....	136
4. Zwischenergebnis .....	137
III. Fazit .....	137
C. Materielle Grenzen des Staatsschutzes: Der additive Grundrechtseingriff .....	138
I. Die dogmatische Einordnung des additiven Grundrechtseingriffs .....	139
1. Der additive Grundrechtseingriff als Ausprägung der Abwehrdimension der Grundrechte? .....	140
2. Eigenständige Abwehrfähigkeit einer Belastungskumulation? .....	141

3. Der additive Grundrechtseingriff als Ausprägung des Grundrechts- schutzes durch Organisation und Verfahren .....	143
4. Die quantitative Wesensgehaltsprüfung als weitere Erscheinungsform des additiven Grundrechtseingriffs .....	145
a) Zum Begriff des Wesensgehalts in Art. 19 II GG .....	146
b) Der additive Grundrechtseingriff im Rahmen von Art. 19 II GG .....	147
c) Eigenständiger Anwendungsbereich des Art. 19 II GG jedenfalls bei rein unionalen Sachverhalten .....	148
5. Zwischenergebnis .....	149
II. Die tatbestandlichen Voraussetzungen .....	149
1. Anforderungen an die Konnexität der Einzeleingriffe .....	150
a) Grundrechtsidentität .....	150
b) Zeitidentität .....	153
c) Zweckidentität .....	154
d) Voraussetzungen im Rahmen von Art. 19 II GG .....	155
2. Der additive Grundrechtseingriff im Bundesstaat .....	156
3. Zwischenergebnis .....	159
III. Fallgruppenorientierte Leitlinien für die Subsumtion .....	159
1. Gleichgerichtete Maßnahmen .....	160
2. Umgehung verfassungswidriger Ergebnisse durch Einzelmaßnahmen	161
a) Die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne als Ausgangspunkt der Fallgruppe .....	161
b) Veranschaulichung der Fallgruppe anhand der Problematik einer übermäßigen Belastung durch Steuern .....	161
c) Die Vermögensteuer als konkretes Beispiel nach G. Kirchhof ..	163
d) Übertragbarkeit dieser Grundsätze auf Maßnahmen des Staats- schutzes .....	164
3. Persistenz .....	165
4. Omnipräsenz .....	167
IV. Rechtsfolgen eines verfassungswidrigen additiven Grundrechtseingriffs	169
1. Die Rüge der unzulässigen Gesamtbelastrung am Beispiel der Verfas- sungsbeschwerde nach Art. 93 I Nr. 4a GG .....	169
a) Streitgegenstand und Antragsbindung .....	169
aa) Definition des Streitgegenstands im Verfassungsbeschwerde- verfahren .....	170
bb) Reichweite des Streitgegenstands in der Rechtsprechung zu den Gleichheitsrechten und zur steuerlichen Gesamtbelastrung .....	171
cc) Übertragung dieser Grundsätze auf den additiven Grund- rechtseingriff .....	173
b) Entscheidungsinhalt und Rechtskraft .....	174
aa) Urteilsverfassungsbeschwerde .....	174
bb) Verfassungsbeschwerde gegen ein Gesetz i. S. d. § 95 III 1, 2 BVerfGG .....	175

	Inhaltsverzeichnis	13
c) Frist gem. § 93 BVerfGG .....	176	
d) Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität .....	177	
e) Zwischenergebnis .....	178	
2. Rücksichtnahmepflichten im Gesetzgebungsverfahren .....	178	
3. Pflicht der Exekutive zur Behördenkoordination .....	180	
V. Fazit .....	184	
D. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe .....	185	
I. Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland für die Gewährleistung des Grundrechtsschutzes im Falle einer Kooperation mit anderen Staaten .....	186	
1. Originäre Grundrechtseingriffe der deutschen Staatsgewalt .....	187	
2. Grundrechtseingriffe durch die Mitwirkung an ausländischen Staats-handlungen .....	188	
a) Kriterien für die grundrechtliche Verantwortlichkeit der deutschen Staatsgewalt .....	188	
b) Reichweite einer mittelbaren Verantwortlichkeit für trans- und supranationale Grundrechtseingriffe .....	190	
c) Abgrenzung zur Reichweite des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts .....	192	
3. Schutzpflichten im transnationalen Kontext .....	193	
II. Einbeziehung trans- und supranationaler Grundrechtseingriffe im Rahmen des additiven Grundrechtseingriffs .....	194	
1. Gründe für die Berücksichtigung trans- und supranationaler Grundrechtseingriffe bei kumulativen Belastungen .....	194	
2. Ergänzende Voraussetzungen des additiven Grundrechtseingriffs .....	196	
3. Rechtsfolgen des additiven Grundrechtseingriffs in Bezug auf trans- und supranationale Grundrechtseingriffe .....	198	
a) Verhältnismäßigkeit der nationalen Einzelmaßnahmen .....	198	
b) Konsequenzen für das Strafprozessrecht .....	199	
c) Verfahrensrechtliche Auswirkungen des additiven Grundrechtseingriffs .....	203	
III. Die Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 II GG bei rein unionalen Sach-verhalten .....	204	
IV. Fazit .....	205	
<i>Viertes Kapitel</i>		
<b>Anwendung der Untersuchungsergebnisse auf die vorangestellten Problemkreise</b>	207	
A. Ineffektivität des gerichtlichen Rechtsschutzes im Ermittlungsverfahren .....	207	
I. Der Beurteilungsspielraum der Staatsanwaltschaft im Kontext von Staatsschutzstrafsachen .....	208	
II. Reichweite des Beurteilungsspielraums der Staatsanwaltschaft .....	209	

III. Verfassungskonforme Auslegung unter besonderer Berücksichtigung des Prinzips der Folgerichtigkeit .....	211
1. Formell-gesetzliche Grundlage für einen Beurteilungsspielraum? ...	211
2. Sachgründe für einen Beurteilungsspielraum der Staatsanwaltschaft? 212	
3. Intensivierte inhaltliche Kontrolle infolge des Verhältnismäßigkeitsprinzips .....	214
IV. Ergebnis .....	215
B. Formelle Verfassungsmäßigkeit der §§ 89a ff., 91 StGB .....	215
I. Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89a StGB .....	216
II. Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89b StGB .....	219
III. Terrorismusfinanzierung gem. § 89c StGB .....	220
IV. Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 91 StGB .....	222
V. Ergebnis .....	223
C. Darstellung der Reichweite des Gebots der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten .....	224
I. Die Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei .....	224
II. Die Stellung des Bundeskriminalamts .....	230
1. Aufgaben und Befugnisse des BKA .....	230
2. Verfassungsrechtlicher Nachrichtendienstbegriff .....	232
a) Organisationsform und Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel? ...	232
b) Transparenz und individueller Rechtsschutz .....	233
c) Tätigkeit im Vorfeld konkretisierter Gefahren .....	235
d) Keine operativen Anschlussbefugnisse .....	236
3. Subsumtion für den Fall des BKA .....	237
III. Die Binnenorganisation der Nachrichtendienste .....	239
1. Die Dreiteilung in BND, Verfassungsschutz und MAD .....	240
a) Der BND .....	241
b) Der Verfassungsschutz .....	242
c) Der MAD .....	244
2. Unterschiedliche Herausforderungen bei der Tätigkeit von Inlands- und Auslandsnachrichtendiensten .....	245
a) Der Verfassungsschutz zwischen Regierung und Freiheit des politischen Wettbewerbs .....	245
b) Die Kooperation des BND mit ausländischen Staaten .....	246
3. Trennungsprinzip auch unter den Nachrichtendiensten? .....	248
IV. Ergebnis .....	251

Inhaltsverzeichnis	15
<i>Fünftes Kapitel</i>	
<b>Endergebnis und Ausblick</b>	254
A. Ergebnisse der Untersuchung .....	254
I. Verfassungsrechtliche Maßstabsbildung im Staatsschutz .....	254
II. Formelle Grenzen des Staatsschutzes .....	255
III. Materielle Grenzen des Staatsschutzes .....	257
IV. Ausblick .....	257
B. Zusammenfassung in Thesen .....	259
I. Verfassungsrechtliche Maßstabsbildung im Staatsschutzrecht .....	259
II. Formelle Grenzen des Staatsschutzes .....	260
III. Materielle Grenzen des Staatsschutzes .....	261
IV. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe .....	264
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	266
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	281